

# Danziger Zeitung.



Nr. 1672.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Ritterhagens gasse Nr. 4. und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Zusätze kosten für die Zeitung 10 Pf. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1887.

## Aus der Denkschrift zur Alters- und Invalidenversicherung

der Arbeiter, deren "Grundzüge" nunmehr veröffentlicht sind, entnehmen wir nachstehendes:

Die Unfallversicherung ist zur Zeit für die Industrie, das Transportwesen, sowie für die Land- und Forstwirtschaft mit zusammen rund 10 Millionen Arbeitern gesetzlich geregelt. Daburch ist eine genügend breite Unterlage für die Alters- und Invalidenversicherung gewonnen, und es ist nicht erforderlich, auf die Durchführung der Unfallversicherung für die derselben noch nicht unterworfenen Kategorien zu warten. Altersversorgung wäre am Personenalter, welche ein hohes Lebensalter (etwa das 70. Jahr) erreicht haben, ohne Rücksicht auf den Nachweis der Invalidität, — Invalidenversorgung ohne Rücksicht auf das Lebensalter bei nachgewiesener Erwerbsunfähigkeit zu gewähren, soweit nicht durch Unfallversicherung Fürsorge getroffen ist.

Die Invalidenversicherung wird hierauf insbesondere bei dem Vorhandensein von Erwerbsunfähigkeit eintreten, welche die Folge von Krankheiten, allmählichem Verbrauch der Kräfte oder von solchen Unfällen ist, die nicht "bei dem Betriebe" sich ereignet haben. Die gleichzeitige Regelung der Witwen- und Waisenfürsorge wäre zwar erwünscht; es empfiehlt sich jedoch, diesen Theil der sozialpolitischen Gesetzgebung zunächst noch nicht in Angriff zu nehmen, um zuvor durch die bei der Durchführung der Alters- und Invalidenversicherung zu sammelnden Erfahrungen zu einem zutreffenderen Urtheile unter anderem auch darüber zu gelangen, ob die Industrie und die anderen in Betracht kommenden Berufszweige die mit der Witwen- und Waisenversorgung nothwendig verknüpft erhebliche Mehrbelastung zu tragen im Stande sind.

Wie die Kranken- und die Unfallversicherung, so wird auch die Alters- und Invalidenversicherung auf der Grundlage des Versicherungzwanges und corporativer Verbände aufzubauen sein. Als die geeigneten Träger derselben dürften sich die für die Unfall-Versicherung gebildeten Berufsgenossenschaften erweisen. Die letzteren werden durch Übertragung der neuen Einrichtung einen festen Ritt und mehr Inhalt erhalten. Es bedarf daher für die Alters- und Invaliden-Versicherung der von der Unfallversicherung bereits erfahrenen Personen einer neuen Organisation neben den Berufsgenossenschaften nicht. Innerhalb der Berufs-Genossenschaften dagegen ist für die gegebene Lösung der ihnen zuzuwendenden neuen Aufgabe die Schöpfung besonderer Einrichtungen erforderlich. Bei jeder Berufsgenossenschaft wird nämlich für die Zwecke der Alters- und Invaliden-Versicherung eine besondere Versicherungsanstalt in ähnlicher Weise zu errichten sein, wie dies nach dem Gesetz vom 11. Juli 1887 bei den Berufs-Genossenschaften der Baugewerbetreibenden zu Zwecken der Unfall-Versicherung von Arbeitern bei Neugebauten geschehen soll.

Das Reich, die Bundesstaaten, Kommunalverbände &c. werden, soweit sie für die Unfallversicherung an die Stelle der Berufsgenossenschaften getreten sind, auch die Alters- und Invalidenversicherung für eigene Rechnung durchzuführen haben. Subsidiar sind endlich für diejenigen Kategorien von Arbeitern, welche der Unfallversicherung noch nicht unterliegen, bis zur Durchführung der letzteren die weiteren Kommunalverbände (Provinzen &c.), eventuell die Bundes-

staaten selbst nach näherer Bestimmung der Landesgesetze als Träger der Alters- und Invalidenversicherung ins Auge zu fassen. Sofern einzelne Berufsgenossenschaften wegen ihres zu geringen Umfangs oder aus anderen Gründen für die Übernahme der Alters- und Invalidenversicherung nicht genügend leistungsfähig erscheinen sollten, sind in Anlehnung an den § 30 des Unfallversicherungsgesetzes Vereinigungen von mehreren Berufsgenossenschaften zur gemeinsamen Übernahme der Alters- und Invalidenversicherung zu gestalten; denn hierdurch würde die Verwaltung dieser Anstalten erheblich erleichtert werden.

Über die Höhe der Rente heißt es:

Ihrem Betrage nach wird die Rente so bemessen werden müssen, daß sie einerseits nicht eine nur teilweise Erschließung der öffentlichen Armenpflege oder ein Tauchgeld darstellt, andererseits aber auch, wie schon angedeutet wurde, nur für notdürftigen Lebenshalt am billigen Orte ausreicht. Letzteres wird dazu führen, daß die Rentenempfänger thunlichst auf dem Lande ihre Wohnung nehmen, dadurch die Bevölkerung des platten Landes vermehrt und letzterer neben dem Rest ihrer Arbeitskraft auch vermehrten Geldumsatz aufzuhalten. Auch die nothwendige Rüstung auf die Leistungsfähigkeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie auf die Erwerbsfähigkeit der Industrie nötigen dazu, wenigstens für den Anfang die Rente nicht zu hoch zu bemessen, weil durch die Höhe der Rente die Kosten der ganzen Einrichtung bedingt werden. Eine spätere Erhöhung der Rentensätze, sobald eine solche ohne Gefährdung anderer wichtiger Interessen ausführbar erscheint, ist dabei nicht ausgeschlossen. Umgekehrt aber würde eine spätere Ermäßigung der einmal in Ansicht gefestigten Rentensätze, falls sich die letzteren als zu hoch bemessen herausstellen sollten, Unzufriedenheit erregen, mithin den socialpolitischen Zweck der ganzen Einrichtung vereiteln. Aus diesen Gründen kann die Alters- und Invalidenrente wenigstens zur Zeit die Höhe der Unfallrente, welche bei völliger Erwerbsunfähigkeit zwei Drittel des Lohnes beträgt, nicht erreichen. Eine solche Gleichstellung ist aber auch aus inneren Gründen nicht geboten. Denn die Unfallrente hat die Folgen der vorzeitigen, unvorhergesehenen, unmittelbar durch die Gegebenen einer bestimmaten Berufstätigkeit verursachten Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit zu decken und muß deshalb relativ hoch sein. Hohes Alter dagegen und die nicht auf einem außerordentlichen Betriebsunfall beruhende Rente der Arbeits- und Erwerbsfähigkeit sind in der menschlichen Natur begründet; Abnützung der Kräfte steht mit zunehmendem Alter nach längerer oder kürzerer Frist jedem bevor. Die staatliche Fürsorge für die von diesem allgemeinen Menschenlosen Betroffenen braucht daher über das Maß des zu einer bescheidenen Lebenshaltung Nothwendigen nicht hinauszugehen.

Hierach dient eine mit der Dauer des Arbeitsverhältnisses steigende Invalidenrente von jährlich 120 bis 250 M., welche bei weiblichen Personen auf  $\frac{1}{2}$  dieser Beiträge zu ermäßigen wäre, ausreichend sein. Die Altersrente dagegen braucht den Mindestbetrag der Invalidenrente (120 M.) nicht zu übersteigen, weil auch der bei der Arbeit alt gewordene Arbeiter, sobald er nicht mehr arbeitsfähig ist, sich für invalide erklären lassen und dann Invalidenrente beziehen wird. Wo Naturalleistung üblich ist, wird, wie nach § 9 des Gesetzes vom 5. Mai 1886, auch die Gewährung der Rente in dieser Form zugelassen sein.

Die hohe Grenze wird wie folgt motiviert: Eine nicht zu kurz bemessene Wartezeit (Carenszeit) ist unentbehrlich und unbedenklich. Sie ist unentbehrlich, weil sonst, wenn der Zweck des Gesetzes zu wider, durch kurze Arbeit jeder den Anspruch auf den Mindestbetrag der Invalidenrente (120 M.) nicht zu übersteigen, weil auch der bei der Arbeit alt gewordene Arbeiter, sobald er nicht mehr arbeitsfähig ist, sich für invalide erklären lassen und dann Invalidenrente beziehen wird. Wo Naturalleistung üblich ist, wird, wie nach § 9 des Gesetzes vom 5. Mai 1886, auch die Gewährung der Rente in dieser Form zugelassen sein.

Als Ausbringungsmodus empfiehlt sich für den Anteil der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer das Versicherungsprinzip, beziehungsweise das Prämienverfahren, d. h. die Ausbringung der aus den zu erwartenden Invaliditätsfällen voraussichtlich erwartenden Last durch im Voraus berechnete feste Prämien. Denn bei dem Umlageverfahren würden spätere Arbeiter in für sie unerschwinglicher und innerlich nicht gerechtfertigter Weise zu Gunsten der gegenwärtigen Arbeiter belastet werden.

Für den Beitrag des Reichs empfiehlt es sich, diesen in Form der jährlichen Umlage des Bedarfs aufzubringen. Dabei wären nach überschläglicher Berechnung im ersten Jahre etwa 800 000 M., nach 20 Jahren der Jahresdurchschnitt von 52 Millionen Mark, im Beharrungsfallstande (nach etwa 70 Jahren) der doppelte Jahresdurchschnitt erforderlich. So belastet diese Steigerung für den Reichshaushalt sich auch erweisen mag, so dient sie doch gegenüber den Nachtheilen, welche mit der Ansammlung der Reichsbeiträge verknüpft sein würden, als das kleinere Nebel erscheinen.

Für die Ehebung der Beiträge der Arbeitgeber und Arbeiter empfiehlt sich das Markensystem. Nach demselben geben die einzelnen Versicherungsanstalten Marken aus. Derjenige, welcher Beiträge zu

gelassen werden können, daß ein Theil der Rente auch solchen Personen, welche aus anderen Gründen vor Erfüllung der Wartezeit erwerbsunfähig werden, gewährt werden darf, sofern Billigkeitsgründe vorliegen. Hierach empfiehlt es sich, die Dauer der Wartezeit bei der Altersrente auf 30 Jahre, bei der Invalidenrente, vorbehaltlich solcher Ausnahmefälle, auf 5 Jahre zu begrenzen. Während der Übergangszeit wird, um das Gesetz auch bezüglich der Altersrente als bald praktisch werden zu lassen, nicht der Nachweis von Beiträgen, sondern nur der Nachweis wirklicher Arbeit während derselben Anzahl von Jahren, welche die regelmäßige Wartezeit für die Invalidenrente bilden, zu fordern sein.

Die Kosten einer solchen Regelung sind für den Jahresdurchschnitt überschlägig auf 156 Millionen Mark veranschlagt, woran das Reich, der Arbeitgeber und der Arbeiter mit je einem Drittel zu beteiligen sein dürften. Es heißt hierzu:

Ohne Reichszuschuss wird die Alters- und Invalidenversicherung nicht durchzuführen sein. Werden die Kosten annähernd ihre Höhe erreichen, so entfällt auf den Kost der Versicherer im Durchschnitt ein Gesamtbeitrag von jährlich 13 M. oder bei 300 Arbeitstagen ein Beitrag von weniger als täglich 5 S., auschließlich der Verwaltungskosten. Bei Drittteilung dieses Beitrags wird also sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeiter im Durchschnitt 2 S. für den Arbeitstag zu entrichten haben. Legt man die Gesamtzahl der in der Berufsstatistik nachgewiesenen Erwerbsfähigen zu Grunde und überträgt auf diese die in den Grundlagen in Aussicht genommenen Rentensätze, so würde ein Jahresbedarf von etwa 162 Millionen Mark sich ergeben. Dieser Beitrag aber erweitert sich auf etwa 145 Millionen Mark, wenn man die in der Berufsstatistik mit berücksichtigt, bei der Invalidenversicherung aber ausscheidenden Unfalls-Invaliden und die erwerbsunfähigen Selbstständigen in Abzug bringt. Aber auch bei 162 Millionen Mark beträgt der Durchschnittsbeitrag eines männlichen Arbeiters noch nicht 2 Pfennige für den Arbeitstag. Unabhängig werden die Beiträge innerhalb der einzelnen Berufszweige je nach der Höhe der Invaliditätsgefahr der selben verschieden hoch ausfallen und insbesondere in der Landwirtschaft, welche eine der Gesundheit im allgemeinen untrüglichere Beschäftigung darbietet, hinter dem Durchschnitt zurückbleiben. Hierach wird auch die Landwirtschaft trotz ihrer zur Zeit bedrängten Lage die neue Last tragen können, zumal dieser Belastung ausgleichend eine Erschließung der öffentlichen Armenlast und eine Vertheilung derselben auf größere leistungsfähige Verbände gegenübersteht.

Als Ausbringungsmodus empfiehlt sich für den Anteil der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer das Versicherungsprinzip, beziehungsweise das Prämienverfahren, d. h. die Ausbringung der aus den zu erwartenden Invaliditätsfällen voraussichtlich erwartenden Last durch im Voraus berechnete feste Prämien. Denn bei dem Umlageverfahren würden spätere Arbeiter in für sie unerschwinglicher und innerlich nicht gerechtfertigter Weise zu Gunsten der gegenwärtigen Arbeiter belastet werden.

Für den Beitrag des Reichs empfiehlt es sich, diesen in Form der jährlichen Umlage des Bedarfs aufzubringen. Dabei wären nach überschläglicher Berechnung im ersten Jahre etwa 800 000 M., nach 20 Jahren der Jahresdurchschnitt von 52 Millionen Mark, im Beharrungsfallstande (nach etwa 70 Jahren) der doppelte Jahresdurchschnitt erforderlich. So belastet diese Steigerung für den Reichshaushalt sich auch erweisen mag, so dient sie doch gegenüber den Nachtheilen, welche mit der Ansammlung der Reichsbeiträge verknüpft sein würden, als das kleinere Nebel erscheinen.

Für die Ehebung der Beiträge der Arbeitgeber und Arbeiter empfiehlt sich das Markensystem. Nach demselben geben die einzelnen Versicherungsanstalten Marken aus. Derjenige, welcher Beiträge zu

bauen möchte. Dann sagte er in etwas leichterem Tone:

"Wir wären also beide über einander soweit im klaren, wie man das in dieser unbeständigen Welt sein kann, und ich denke und hoffe mit einer gewissen Sicherheit, daß diese Aussprache zwischen zwei rechtshabenden Männern auch beiden von Nutzen sein wird. Da Sie, wie Sie vorhin sagten, noch etwa acht Tage hier bei uns bleiben wollen, so darf ich nunmehr mit etwas freierem Gemüth die dringende Einladung meiner Frau ausdrücken, daß es Ihnen gefallen möge, am nächsten Mittwoch unser Gast zu sein, aber nicht in Polonen. Wir wollen Sie vielmehr vom Neugarter Thore aus in die Gebirge der Nassau führen. Sie brauchen also nicht ängstlich zu sein."

"Je nun, mein verehrter Herr", meinte der Kriegsrath, "ich bin jederzeit bereit, neues zu sehen und zu lernen; warum sollte ich nicht die Heimat der armeligen Menschen kennen lernen, welche mir hier als Nassau bezeichnet worden sind. Uebrigens können wir in Schlesien mit einem Gegenstück aufwarten, welches sich dreist neben Ihren Nassau schen lassen kann. Der Unterschied ist nur der, daß die letzteren nach Ihren Schilderungen in einem kleinen Paradiese wohnen müssen, was man unseren oberösterreichischen Wasserpolytan nicht nachsagen kann."

"Sie werden ja sehen und selbst urtheilen können", sagte der Handels herr, "ich bin nicht in der Lage, darüber zu entscheiden, welche von den verschiedenen Sorten von Polen schlummern daran und elender lebt als die anderen. Und dabei ist es merkwürdig, daß gerade diejenigen Verhältnisse, welche in Frankreich vor noch nicht zwanzig Jahren am meisten und kräftigsten mitgewirkt haben, um die gewaltige Explosion so zerstörend zu gestalten, also die Leidenschaft des Landvolkes, hier noch immer unbeantwortet bestehen und erraten werden."

"Im Grunde genommen ist es doch eine niederrückende Erscheinung, daß Menschen durch menschliche Einrichtungen so tief herabgebracht werden können, daß sie das Gefühl für die ihnen angehörende Gewalt völlig zu verlieren scheinen."

Herr v. Woltersdorf schien auf diesen Gegenstand nicht näher eingehen zu wollen, wodurch er fragte ausreichend, wobin man am nächsten Mittwoch zu fahren gedenke, und die Antwort, daß man darüber noch nicht ganz einsig sei, schien ihn einigermaßen in Stoden, so daß der Handels herr sich erhob und Instalt mache zum Fortgehen.

"Wir wollen wünschen und hoffen", sagte er, seinen Hut ergreifend, "daß die Vorschriften, welche wir heute mit einander ausgetauscht haben, sich nicht bewähren werden. Wenigstens haben wir hier im Norden und Osten der Monarchie so leicht nicht unmittelbar zu fürchten."

"Wer weiß es?", meinte der Kriegsrath; "der Krieg ist ein gar wunderliches Spiel, und die preußische Monarchie ist ein ebenso wunderliches Gebäude. Wenn sich nun die Dinge so gestalten, daß man gerade da, wo man am wenigsten glaubt befürchten zu müssen, den Krieg am härtesten zu empfinden bekommt, so würde eine so wunderliche Entwicklung gerade so recht in das System hineinpassen, in welchem sich ganz unlösbare Gegenseiter neben einander stellen. Sagen Sie mir aufrechtig, wie Sie den Ausgang des bevorstehenden Krieges sich vorstellen."

"Ich darf und will ganz offen sein", versetzte der Handels herr, "und ich will durch diese meine Offenherzigkeit Ihnen, verehrter Herr Kriegsrath, den Beweis dafür liefern, daß Sie vorhin zwar, weil ich Sie Ihnen gab, eine Veranlassung zum Misstrauen gegen mich finden könnten, daß dieses Misstrauen gegen mich gefunden kann, daß dieses Misstrauen aber dennoch der Begründung entbehrt. Ich stamme, wie Sie wissen, aus einer alten Danziger Rathsfamilie. Diese Patrizierfamilien haben es mehrere Jahrhunderte hindurch verstanden, der Gemeinde Danzig die freie und unabhängige Stellung zu erhalten, welche von deren Vorfahren wieder mehrere Jahrhunderte vorher der lieberlichen und schlaffen Krone Polen abgerungen worden war. Die Erinnerung daran, daß man einer Familie entstiegen ist, die sich einst zu den Regentenfamilien eines kleinen, aber nahezu unabhängigen Staatswesens rechnen durfte, hat etwas, wie soll ich sagen? Unregendes, Aufrezzendes, und sie ist darum schwer zu besiegen. Nun kann ich Ihnen auf der anderen Seite sagen, daß nicht bloß mein Vater, sondern, wie ich aus seinem Munde weiß, nahezu die ganze Danziger Patrizierfamilie von dem Augenblick an, da Friedrich d. Gr. Westpreußen an sich nahm, im stillen überzeugt war, daß die Grundlage der scheinbaren politischen Unabhängigkeit dieser Stadt dahin war.

Was unsere Vorfahren der Krone Polen abzuringen vermoht hatten und was man dieser erbärmlichen Macht gegenüber behaupten konnte, das der brandenburgisch-preußischen Krone abzuringen, wäre ein tollkühnes Unternehmen gewesen, und es derselben gegenüber zu behaupten, erschien

den maßgebenden Männern schon vor 30 Jahren unmöglich. Es konnte sich von Stund an nur noch um einen etwas anständlichen Abritt von der Bühne handeln. Den haben wir denn vor 12 Jahren glücklich erreicht, da Ihr General v. Raumer uns einige Tage belagern und dann mit uns eine Capitulation abschließen musste, die für uns ehrenvoll genug war und an der wir nur auszusezen haben, daß man sie uns nicht gehalten hat, als man erst im Neste drin saß. Indessen, das sind Nebendinge. Nachdem uns Friedrich d. Gr. mit seinen Soldaten den Handel, von welchem diese Stadt seit 1000 Jahren lebt und immer leben wird, so gut wie verdorben hatte, fühlten wir uns in der Handelsfreiheit, deren wir uns jetzt unter dem Schutz der Krone Preußen, und nur unter diesem erfreuen können, außerordentlich wohl, und wenn wir einmal nicht mehr selbst Herren im eigenen Hause sein können und dürfen, so werden wir uns fortan immer am wohlstehnen fühlen, wenn wir mit dem Lande vereint bleiben, in welchem wir liegen. Wir fühlen heute lebendiger als jemals, daß unser Schickl unzählisch mit demjenigen dieses Landes verknüpft ist. Der kleine Reit von Aversion, der noch zwischen Danziger und Preußen übrig geblieben ist und gräßlichkeits umbegruñdeten Vorurtheile, die von beiden Seiten gegebt werden, entspringt, wird sich im Laufe der Zeit gänzlich verlieren. Aber jetzt sage ich Adieu. Man wartet auf mich heute in Polonen."

"Darüber", sagte der Kriegsrath, dem Handels herr die Hand reichend, "habe ich aber richtig keine Antwort auf meine Frage erhalten, und das thut mir eigentlich leid."

"Gedulden Sie sich bis morgen, bester Freund", schloß der Handels herr, "ich habe Ihre Frage nicht überhört, auch nicht vergessen. Ich werde sie Ihnen morgen selbst beantworten, theils von anderen beantworten lassen, und Sie sollen zufrieden sein."

### 3. Ein gestörtes Fest.

Der Kriegsrath v. Woltersdorf war, wie sich von selbst verriet, mit altpreußischer Beamtenpünktlichkeit zur bevorstehenden Fahrt fertig, als der Röder mit dem vom nahen Rathausbühnenschallenden Glockenschlag bei ihm in sein Zimmer im "Englischen Hause" eintrat. Ein Diener nahm Mantel und sonstige Sachen in Empfang, und beide Herren stiegen von dem mächtigen Beschlag in die von grünen Bäumen eingefaßte Brodbänkengasse

entrichten hat, lauft einen entsprechenden Betrag an Marken und zieht dieselben in ein Quittungsbuch ein. Der Arbeitgeber zieht die Hälfte des entwöhnten Beitrages von seinen Arbeitern bei der Lohnzahlung ein. Sobald die Quittungsbücher voll sind, werden sie durch Behörden aufgerechnet und dabei wird festgestellt, wieviel Beiträge an die einzelnen Versicherungsanstalten im Laufe der einzelnen Jahre entrichtet sind. Eine Nachweizierung hierüber wird dem neuen Quittungsbuch vorgetragen. Die Quittungsbücher bilden einen Nachweis über den Betrag der von dem Inhaber zu den einzelnen Versicherungs-Anstalten entrichteten Beiträge, beziehungsweise über die Höhe seines Anspruchs und die Belastung der Versicherungsanstalten.

Die Zahlung der Renten kann, wie bei der Unfallversicherung, die Post vermitteln; die Feststellung der Renten dürfte vorbehaltlich der Be schwerde an das Schiedsgericht und des Recurss an das Reichs- (beziehungsweise Landes-) Versicherungsamt den Organen der Versicherungsanstalten obliegen.

Wir werden natürlich diese Grundzüge und ihre Motive noch des näheren und im einzelnen be sprechen. Für jetzt begnügen wir uns, wieder zu geben, was uns der Telegraph über einige Berliner Stimmen übermittelte:

Berlin, 17. November. Die Grundzüge betreffend die Altersversorgung werden nach der hier gegebenen allgemeinen Ansicht sehr eingehende Verhandlungen erfordern. Die Vorlage, die von tief einschneidender Wichtigkeit ist, stellt neue umfangreiche Anforderungen. Uebergeacht des Arbeitgeberbeitrags sollen die Arbeiter den größten Theil aufbringen, theils direct, theils durch Steuern im Reichs zuschützen. Die „Kenz-Zeitung“ stimmt den Grundzügen schon jetzt zu. Der „Reichsbote“ macht verschiedene Ausstellungen. Er sagt u. a.: „Mit dem 70. Lebensjahr sind die Arbeiter, wenn sie dieses Alter überhaupt erreichen, haftäglich meistens auch arbeitsfähig und es scheint deshalb die Pension von 120 Mk. sehr niedrig gegriffen zu sein. Von 40 Thalern jährlich kann kein Arbeiter leben, und auch als Beitrag oder Unterstützung ist der Betrag zu niedrig; derselbe sollte doch wenigstens wöchentlich 1 Thaler betragen. Sonst erscheint die ganze Sache den Arbeitern zu wenig als eine Wohltat, wenn sie etwa 50 Jahre lang Beiträge zahlen müssen, um mit dem 70. Lebensjahr — vielleicht für noch 3 oder 4 übrige Lebensjahre — nur 40 Thaler jährlich zu erhalten, welche Summe als zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel erscheint. Wenn man einmal eine solche Alters- und Invalidenversorgung einführt und dazu einen ungeheuren Apparat in Bewegung setzt, dann muss sie auch das, was sie will und soll, nämlich Versorgung, wirklich in dem den Verhältnissen der Arbeiter entsprechenden Maße gewähren, sonst verliert die Einrichtung ihre soziale Bedeutung.“

#### Deutschland.

Die Getreidezoll erhöhung hat die erste legislatorische Instanz bereits passirt. Wie schon in einem Theile der gestrigen Abendausgabe telegraphisch gemeldet wurde, hat gestern der Bundesrat die Zollerhöhung nach den Anträgen des Landwirtschaftsraths angenommen. Es geht also schnell vorwärts und es ist nunmehr auch der letzte Zweifel doran bestischt, dass die Getreidezollvorlage im Reichstage gleich nach Gründung desselben eingebracht wird und jedenfalls noch vor Weihnachten zur Entscheidung kommt. Für die Gegner der neuen, verdoppelten Zölle ist es also die allerhöchste Zeit, sich noch mit Kraft zu rüthen und energisch zu protestieren; in wenig Wochen wird es zu spät sein!

Ein späteres Telegramm meldet des weiteren: Berlin, 17. Novbr. Die Vorlage betreffend Verdopplung der Kornzölle, wie der Landwirtschaftsrath vorschlagen, wird dem Reichstag sofort zugehen. Gleichzeitig soll ein Spezialgesetz aus der Initiative des Reichstags eingebrochen werden. Im Reichstagsbüro sind bereits 600 Petitionen für Verdopplung der Kornzölle eingegangen, gegen die Erhöhung noch keine. Nach den Erklärungen Industrieller bei den Verhandlungen des Ausschusses des Handelstages nimmt man an, dass ein energetischer Widerstand der Industriellen gegen die Erhöhung des Zolles zu erwarten ist. Die Zahl der nationalliberalen Abgeordneten für die Erhöhung ist wahrscheinlich größer, als bisher angenommen worden ist.

Noch wäre es Zeit, diese Annahme betreffs des

hinab. Am Völker vor dem Frauenbor, auf dessen alterthümliche, noch aus der Zeit des deutschen Ordens herrührende Backsteinarchitektur der Kriegsrath schon längst aufmerksam gewesen war, hielt zwischen den dort liegenden Schiffen eine schmucke Feste des Rheder. Man stieg ein, die Matrosen brachten das Fahrzeug in die Mitte des Flusses, und hier wurde sofort das Segel entfaltet, und das bewimpelte Boot flog vor einer leichten, aber hinreichenden Brise rasch dahin.

„Mein Herr Kriegsrath“, sagte der Rheder zu seinem Gast, „mit Ihnen gestern ein Ausdruck entstellt, der mir nachher Kopfzerbrechen verursacht hat und den Ich, wenn Sie es mir gestatten wollen, heute gern richtig stellen möchte. Ich sage im Eifer des Geistes, und habe, da ich selbst ein Mitglied des Magistrats oder, wie wir in Danzig harrtägig sagen, des Rates der Stadt bin, wahrlich nichts Nebles dabei gedacht, dass unser Magistrat, seitdem unmittelbare Staatsbeamte in denselben seien, zu ängstlich sei und ungern an Dinge gehe, die zu weitläufigen Auseinandersetzung mit den höheren Behörden führen. Sachlich habe ich davon freilich nichts zurückzunehmen, denn es verhält sich in der That so. Aber es lag mir doch durchaus fern, damit einen Vorwurf gegen die Directoren des Magistrats auszusprechen. Wenn es auf der einen Seite wahr ist, dass der von höheren Instanzen durchaus unabhängige Magistrat die Angelegenheiten der Stadt namenlich in Beziehung auf die austäglichen Angelegenheiten, wenn ich mich so ausdrücken darf, nicht in so grossem, freiem Stil vorzunehmen im Stande ist, wie es früher dem Rath einer nahen freien und unabhangigen Stadt möglich war, so wissen wir es doch auch hoch zu schätzen, dass diejenigen Geschäfte unseres Gemeinwesens, welche sich heute im Bereich der Gemeindebehörde befinden, mit ganz anderer Bremptheit und Gewissenhaftigkeit gefördert werden, als es früher der Fall war. Der Rath der ehemaligen freien Reichsstadt hat mitunter seine Zeit zu sehr der großen Politik gewidmet, mitunter wohl auch widmen müssen, und die gewöhnlichen Geschäfte der Gemeindeverwaltung sind dabei häufig mehr als billig zu kurz gekommen. Besonders sindig waren die alten Rathsäheren in der Kunst, unbekanntem Sachen auf die lange Bank zu schieben. Die Rathsäher liefern dafür manches ergötzliche Beispiel. Davon aber darf heute nicht mehr die Rede sein, und es ist billig anzuerkennen, dass die framme breußische Verwaltung der Gemeinde zu großem Vortheil gereicht.“

nicht energischen Widerstand“ wientastens seltens der bedrohten breiten Masse des Volkes Lügen zu strafen. Dann würde es auch wohl fraglich sein, ob nicht doch noch mancher schwankende Abgeordnete aus den hierbei gespaltenen Parteien, auf den die Majorität jetzt zählen zu können glauben, sich veranlaßt sieht, die Interessen des Volkes höher als die einer verschwindend kleinen Minorität zu schätzen und gegen die Vorlage zu stimmen. Wenn aber noch etwas erreicht werden soll, dann kann es nur geschehen durch schnelles, unverzügliches Handeln!

\* [Sobel] soll der „Magdeb. Blg.“ zufolge mit englischen Socialistenführern über einen zum März nach London einzuberuhenden internationalen Socialistencongres über eingetretommen sein.

△ [Familienunterstützung in den Dienst getreterer Mannschaften.] Die Bundesratsausschüsse für Landbau und Festungen, für Justizwesen und für Rechnungswesen haben nunmehr ihre Anträge zu dem Gesetzentwurf betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften gestellt, wonach der Entwurf mancherlei Veränderungen erfahren hat. Darnach erhalten Unterstützungen die Familien der Mannschaften der Reserve, Landwehr, Erfahrsreserve, Seeswehr und des Landsturms, sobald dieselben bei Mobilmachungen oder notwendigen Verstärkungen des Heeres oder der Flotte in den Dienst eintreten, im Falle der Bedürftigkeit Unterstützungen. Das Gleiche gilt bezüglich der Familien derjenigen Mannschaften, welche zur Disposition der Truppen (Marine) Theile beurlaubt sind, sowie derjenigen Mannschaften, welche das wehrpflichtige Alter überschritten haben und freiwillig in den Dienst eintreten.

Auf die zu gewährenden Unterstützungen haben Anspruch: a) die Ehefrauen des Eingetretenen und dessen Kinder unter 15 Jahren, sowie b) dessen Kinder über 15 Jahren, Verwandte in aufsteigender Linie und Geschwister, insfern sie von ihm unterhalten wurden. — Entfernteren Verwandten, geschiedenen Ehefrauen und unehelichen Kindern steht ein solcher Unterstützungsanspruch nicht zu. — Die Verpflichtung zur Unterstützung liegt den nach § 17 des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 gebildeten Lieferungsverbänden ob. Staaten, in welchen von der Bildung besonderer Lieferungsverbände Abschied genommen worden ist, haben die Unterstützungen unter gleichmäiger Anwendung der nachfolgenden Bestimmungen aus ihrem Mitteln zu gewähren. — Die Unterstützungen sollen mindestens befragt: a) für die Ehefrau im April, Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober monatlich 6 Mk., in den übrigen Monaten 9 Mk.; b) für jedes Kind unter 15 Jahren, sowie für jede der beredigten Personen monatlich 4 Mk. — Die Geldunterstützung kann teilweise durch Lieferung von Brodkorn, Kartoffeln, Brennmaterial &c. ersetzt werden. — Unterstützungen von Privatvereinen und Privatpersonen dürfen auf die vorbezeichneten Mindestbeträge nicht angerechnet werden. — Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes, welches im ganzen 13 Paragraphen umfasst, beziehen sich auf die zu bildenden Commissionen, welche in jedem Lieferungsverbande errichtet werden und über die Unterstützungen zu entscheiden haben. Unter Umständen tritt an die Stelle des Lieferungsverbandes die Landesregierung. Die Unterstützungen werden in halbmonatlichen Raten vorausgezahlt. Rückzahlungen der vorausgezahlten Beträge finden nicht statt. Die Zeit für den Hin- und Rückzug wird mit eingerechnet. Bei Tod oder Verwundung des Berechtigten währt die Unterstützung bis zur Auflösung oder Zurückführung der Formation, welcher er angehört, auf den Friedenszeit. Beiträgen unterbricht die Unterstützung bis zum Wiedereintritt in den Dienst — Für die nach vorstehenden Bestimmungen geleisteten Unterstützungen wird Entschädigung aus Reichsfonds gewährt. Der Umfang und die Höhe dieser Entschädigung und das Verfahren bei Feststellung derselben wird durch jedesmaliges Specialgesetz des Reichs bestimmt. Die Familien der aus der Reserve, Landwehr, Seeswehr und dem Landsturm als Offiziere, Sanitätsoffiziere und obere Beamte in den Dienst getretenen Personen erhalten Unterstützungen aus Militär-(Marine)-Fonds unter gleichen Voraussetzungen und noch den selben Grundsätzen, wie die Familien der Offiziere &c. des Friedensstandes.

\* [Gerichte.] Am der Berliner Börse circuitirt, wie der Polizei-Botschaftsbericht, ähnlich der Krankheit des Kronprinzen auch das Gericht, der König von Sachsen sei zum „Generalissimus“ (!) der deutschen Armee ernannt. — Gerüchte!

\* [Ein verfehlter Maistratzprozess.] Unter dieser Spitzmarke teilt das „Berl. Volksbl.“ mit, der Breslauer Staatsanwalt hätte den Plan gehabt, sämmtliche Theilnehmer des Kopenhagener Congresses in den jetzt in Breslau schwedischen Prozeß hineinzuziehen und über alle zu gleicher Zeit die Untersuchungshaft zu verhängen, wodurch mit einem Schlag die ganze sozialdemokratische Partei

ihm gelegt werden sollte. Der Antrag sei nach Berlin an die höchste zuständige Behörde gegangen, aber dort auf juristische Bedenken so schwerwiegend der Art gestoßen, dass das Projekt zu Falle kam.

\* [Mafisi Vieleswürdigkeit gegen Deutsche.] Bis der „Ruski Kurier“ meldet, wird in russischen Regierungskreisen das Project einer beiderseitigen Aufländesteuer ins Auge gefasst, welche von sich in Russland und Russisch-Polen aufhaltenden Ausländern zu erheben sein würde. — Nach einer Nachricht des Warschauer „Slowo“ projectiert die mit Ausarbeitung neuer Bestimmungen über die Nationalisation in Russland und über Verlustigwerden der russischen Reichsangehörigkeit betraute Commission die Begrenzung eines bestimmten Termins, nach dessen Ablauf im Auslande lebende Personen das Recht der russischen Staatsangehörigkeit ex ipso verlieren. Bisher ist ein solcher Termin überhaupt nicht festgelegt worden, das Verlustigwerben der russischen Untertanenschaft musste vielmehr in jedem einzigen Falle durch das Criminalgericht besonders ausgesprochen werden. — Aus Breslau in Russisch-Polen wird dem „Kuryer Poleski“ gemeldet, dass sich unter den dortigen „ausländischen“ Kaufleuten, welchen die Fortführung ihrer Geschäfte nur noch bis 13. Januar 1888 (dem russischen Neujahr) gestattet ist, auch die Jäger von Wechselbankgeschäften & Wolffohn, L. Flattau und D. Woldenberg bestünden; die beiden ersten genannten sind preußische Untertanen, Woldenberg ist Deutscher-Amerikaner. — Die „Nowoje Wremja“ schreibt: „Die längst abgelegte Absicht an maßgebender Stelle, das in Petersburg bestehende deutsche Theater in Privathände übergehen zu lassen, ist wieder aufgeztaucht und bleibt für diesmal nicht im Bereich der Bläne. Und in der That: weshalb und für wen existiert dieses Theater? Wenn die Deutschen in Petersburg nicht ohne ein eigenes Theater bestehen können, so müssen sie es auf ihre eigenen Kosten unterhalten.“ (Bresl. M. 8.)

Breslau, 15. Novbr. Der hiesige Socialistenprozess geht seinem Ende entgegen. Die Zeugenvernehmungen werden morgen geschlossen werden. Liebknecht und Grillenberger sind bereits vernommen und entlassen worden. Am Sonnabend wurde, wie das „B. Volksbl.“ berichtet, ein Zeuge, der Arbeiter Knoblock, im Gerichtsaale verhört und ins Gefängnis abgeführt, weil er angeblich einen Steinwurf geleistet und sich mit seinen vor dem Untersuchungsrichter abgegebenen und befreien Aussagen in Widerspruch gesetzt haben sollte. An demselben Tage wurde auch der Angeklagte, cand. med. Julian Marcus, der sich bis dahin gegen eine Caution von 6000 Mk. auf freiem Fuße befunden hatte, in Untersuchungshaft genommen, weil der Verdacht nahe liege, dass er die Zeugen zu beeinflussen suche. Der Vertreter der Anklagebehörde beantragte im Hinblick auf die Ergebnisse der Beweisaufnahme die Aufhebung der Untersuchungshaft gegen sechs der Angeklagten. Der Gerichtshof trat jedoch dieser Auffassung der Sachlage nicht bei und entließ nur zwei der Angeklagten, den früheren Reichstagsabgeordneten Geißler und den Kürschners Mennel aus der Untersuchungshaft.

Breslau, 16. Nov. In Galizien werden für die polnische Rettungsbank fortgesetzte erhebliche Beiträge gezeichnet. Der „Kuryer Poznański“ und andere polnische Blätter veröffentlichen auch heute wieder die bezügliche Zuschriften aus verschiedenen galizischen Städten. Daraus ist ersichtlich, dass fast in allen Kreisen die Bewegung für die hiesige Rettungsbank im Wachsen begriffen ist und selbst kleine Kreise 10000 Mark und mehr gezeichnet haben. Viele galizische städtische Verwaltungen haben die Sache, allerdings nicht offiziell, in die Hand genommen.

#### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 16. Novbr. Der Budget-Ausschuss der österreichischen Delegation nahm das außerordentliche Heeresbudget, einschließlich des Credits für das Repetiergewehr, an.

Graz, 15. Nov. Feldmarschall-Lieutenant Alfred v. Ballenfels ist, wie man der „Fr. Blg.“ meldet, gestern von Tobsucht besessen worden. Er zertrümmerte die Bibel in der Kanzlei und mischte von acht Personen überwältigt, in die Zwangsjacke gesteckt und ins Freien gebracht werden. Gestern hatte er seine beiden Diener unter Beschuldigung des Diebstahls von zehn Mann festnehmen und ins Stockhaus bringen lassen. Die unfähigen Diener wurden freigelassen. Nach einem Gericht ist er auf den Commandanten mit gezogener Waffe losgegangen.

#### Frankreich.

Paris, 16. Novbr. Die parlamentarische Untersuchungs-Commission hörte heute den Justizminister Blaau. Der Herrscher, durchaus nicht, versetzte Herr v. Woltersdorf, „es wird uns ziemlich von allen Seiten bereitwillig erheit. Nur die Herren Polen wollen durchaus nichts Empfehlenswertes darin finden. Aber darüber darf man sich auch nicht wundern, noch weniger daran stoßen. Die Natur des politischen Magnaten führt sich durch jeden Anschein von Ordnung, Pünktlichkeit und Unparteilichkeit der Behörde abgestoßen, und der Schlagschrecke ist diesem Elemente vielleicht noch feindseliger. Uebrigens sind auch mir schon allerlei Curiosen in den Rathäusern aufgeflossen, die wohl geeignet sind, selbst eine trockne Amtsseele zur Hinterkeit zu stimmen.“

„Na“, sagte der Rheder lachend, „das tollste Beispiel, welches mir kürzlich in die Hände geraten ist und welches selbst bei mir, der ich doch diese Seite der Rathverwaltung genau genug schon zu kennen glaube, ein gewisses Erstaunen hervorrief, wird Ihnen, Herr Kriegerath, jedenfalls nicht bekannt sein. Ja einem beliebigen Altenstad — auf die Sache, um die es sich dabei handelt, kommt es ja nicht an — fand ich neulich folgendes Decret: „ad acta et reproducat nach einem Jahr, und soll ab dann bei mehrerer Muhe vergnüglich decreet werden.“ Und das Beste an der tollen Verwaltungsmethode ist das, dass das Altenstück niemals reproduziert, und das niemals vergnüglich decreetet werden ist.“

„Das ist allerdings“, sagte der Kriegsrath, „ein starkes Stück!“

„Und“, setzte der Rheder schnell hinz, „das ergibt dabei ist, dass wir heute nach beinahe zwanzig Jahren um dasjenige bei der preußischen Regierung beitelen müssen, weil wir nicht mehr wie früher über die Geldmittel der Stadt frei nach unserem Ermessen verfügen dürfen, was wir damals längst hätten ausführen können, wenn es das Vergnügen des Decrementen nicht erforder hätte, die Angelegenheit um ein ganzes Jahr sich vom Halse zu schieben. Denken Sie daran, Herr Kriegsrath, wenn ich Sie an Ort und Stelle darauf werde aufmerksam machen. Ich denke, dass dieser Umstand, von Ihnen hergehoben, unseren Wünschen einige Unterlegung gewähren könnte. Damals ist die Angelegenheit in den bald darauf sich anspinnenden Händeln über die zweite Theilung Polens und die Occupation von Danzig völlig in Vergessenheit geraten, und jetzt müssen wir uns abquälen, um nur erst die Erlaubnis zur Wiederaufnahme zu erlangen.“ (Fort. folgt.)

Schweden. \* Die Stadtbewohner von Gothenburg beschlossen einstimmig die Errichtung einer Hochschule dafür. Zu diesem Zweck sind der Stadt schon vor längerer Zeit von den wohlhabern 1½ Mill. Kronen zugewendet worden.

#### Telegraphischer Specialdiens der Danziger Zeitung.

Berlin, 17. Nov. Die gestrige Spazierfahrt ist dem Kaiser gut bekommen. — Prinz Wilhelm, dessen Ernennung zum Generalmajor noch heute bevorsteht soll, wird sich morgen früh mit dem zum Ehrendienst befohlenen General v. Werder mittels Extrazügen zum Empfang und zur Begrüßung des russischen Kaisers nach Wittenberg begeben. Das russische Kaiserpaar gedachte heute Vormittag Kopenhagen zu verlassen, sich mit der Eisenbahn nach Korsör zu begeben, von hier auf einem Dampfer über den großen Belt nach Nyborg zu fahren, mit der Eisenbahn quer durch die Insel Fünen zu passieren, bei Strib den Dampfer zu besteigen, der den Verkehr über den kleinen Belt vermittelte, und in Fredericia das Festland zu betreten, wo es von dem Militär bewohnt dienten am Berliner Hofe, wo ein Konsulat eingerichtet wird. Von dort aus führt der russische Hofzug das Kaiserpaar durch Schleswig-Holstein; früh Morgen wird Hamburg, Vormittag 10½ Uhr der Lehrter Bahnhof in Berlin erreicht. Dort sind die Prinzessin Wilhelm, die Großherzogin von Weimar und Westphalen-Schwerin, sämmtliche hier weilenden preußischen Prinzen und Mitglieder anderer regierender deutscher Fürstenhäuser versammelt. Von hier fährt der Zar mit dem Prinzen Wilhelm, die Zarenin mit dem Prinzen Wilhelm nach dem russischen Botschaftspalais, wo die Prinzessinnen versammelt sind. Das Kaiser Alexander-Regiment stellt die Leibkompanie mit Fahne und Musikcorps. Die übrigen Mannschaften des Regiments bilden vom Bahnhof bis zum Botschaftspalais Spalier. Falls Kaiser Wilhelm, dem dringenden Wunsche des Kaisers Alexander folgend, nicht am Bahnhof erscheint, wird derselbe dem Kaiser Alexander in der russischen Botschaft sofort einen Besuch. Unmittelbar nach dem Besuch des Kaisers Wilhelm dürfte das russische Kaiserpaar im hiesigen kaiserlichen Palais einen Besuch machen und später die hier anwesenden prinzlichen und fürtlichen Herrschaften ebenfalls besuchen. Um 1 Uhr findet Dejener in der Botschaft statt, um 5 Uhr Diner im kaiserlichen Palais, wo etwa 90 bis 100 Einladungen ergangen sind. An der sämmtlichen Fürstlichkeit erscheinen die Gefolge der russischen Majestäten, die Mitglieder der russischen Botschaft mit Gemahlinnen, der Reichskanzler, sämmtliche Staatsminister, die obersten und die Ober-Hofchargen, die Generale der Infanterie und der Cavallerie. An Stelle der Galaver, welche auf Wunsch des Kaisers Alexander unterbleibt, findet wahrscheinlich Familienehr beim Kaiser statt. Die Abreise sollte Abends 11 Uhr vom Botschafterbahnhof stattfinden, doch sind hierin noch Änderungen möglich. Kaiser Wilhelm sprach den Wunsch aus, auch die jüngeren Kinder der Zarenfamilie zu sehen, so dass dieselben wahrscheinlich ebenfalls nach Berlin kommen werden.

Breslau, 17. Nov. In dem Socialistenprozesse wurden durch das heute publicirte Urteil 8 Angeklagte freigesprochen, 29 zu Gefängnisstrafen von 4 Wochen bis zu einem Jahre verurtheilt. Bezuglich 5 Angeklagter wurden die erkannten Strafen als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet. Der Gerichtshof beschloß, sämmtliche Angeklagten bis auf drei aus der Haft zu entlassen.

Paris, 17. Novbr. Der Minister des Innern hat den Polizeipräfekten Gragnon aufgefordert, seine Entlassung zu nehmen; Gragnon lehnte das ab. Der Minister beantragte daran den Director im Ministerium des Innern, Bourgeois, anstatt Gragnon die Geschäfte des Polizeipräfekten zu übernehmen. Im heutigen Ministerrat zeigte der Justizminister an, er werde der Kammer den Antrag auf gerichtliche Verfolgung Wilsons vorlegen. Die Minister Rouvier, Fallières und Ferry erschienen heute Mittag vor der Enqueste-Commission. Die neuen Gerichte von dem Rücktritte Gragny und des Cabinets sind unbegründet.

Paris, 17. Nov. In der Kammer wurde heute der Antrag auf gerichtliche Untersuchung gegen Wilson eingereicht. Die Rechte nahmen darauf ihren Interpellationsantrag zurück. Die Deputierten wählten eine Commission für den Antrag zur Verfolgung Wilsons. Hierbei wurden ausschließlich Mitglieder gewählt, welche für Annahme des Antrags sind.

Paris, 17. Novbr. Hente Morgen fand zwischen Hochfort und dem Redakteur des „Cri du Peuple“, Maron, ein Duell statt. Letzterer wurde dabei am linken Schenkel verwundet.

Paris, 17. Nov. Die Polizei verhaftete drei Individuen, welche gestanden haben, Geld erhalten zu haben, um den Director des „XIX. Siècle“ der in der Briefforschungsabstube gegen Wilson das Wort führte, widerzuschlagen.

Das Gericht von der gerichtlichen Verfolgung des „Gaulois“ hat sich bisher nicht bestätigt.

Kopenhagen, 17. Novbr. Der Zar mit seiner Familie sowie die Prinzessin von Wales sind heute Nachmittag 2½ Uhr abgereist. Der König, der Kronprinz, die Minister und die Mitglieder des diplomatischen Corps waren bei der Abreise zugegen.

Stockholm, 17. Nov. Der höchste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der ersten Instanz, wodurch die Stockholm-Wahlen zum Reichstag kassiert sind; die von der Minorität gewählten, der Schatzzollpartei angehörenden Deputirten treten somit in den Reichstag ein.

Sofia, 17. Novbr. Der Ministerrath beschloss, die Zahlungen des rumänischen Grundzinses an die Botschaft derartig zu regeln, dass die Zahlungen am 1. Januar beginnen und dann in Annuitäten erfolgen. Das Übereinkommen wird der Saborje unterbreitet. Eine Interpellation betreffs Einleitung des Verfahrens wider die Urheber des Staatsstreichs wird heute in der Saborje eingereicht.

Cairo, 17. Novbr. Vater Bascha ist heute am Nahr in Tel el Kebir gestorben.

Vom Kronprinzen.

Berlin, 1

Frankreich, Belgien, Holland, England, Italien, Spanien u. a. mehr, bei Sr. Majestät in diesen Tagen eingegangen sind, unzweideutigen Ausdruck gefunden. Sr. Majestät werden dabei die verschiedenen Heilmittel und Heilverfahren für Sr. Kaiserliche Hoheit empfohlen, eigene Lebenserfahrungen bei ähnlichen Leiden mitgetheilt, sowie Ratschläge für die fertere Behandlung des Kranken gegeben. Sr. Majestät stadt von dieser allgemeinen Theilnahme und Liebe für Alerhöchst Ihren Herrn Sohn viel gerührt und haben zu befehlen gernht, daß dies zur Kenntniß aller Betheiligten gebracht werde.

Wegen Abhaltung einer Färbitte in den evangelischen Kirchen für den Kronprinzen ist seitens des Cultusministers und Oberkirchearths an die Provinzialconistorien eine Verfügung ergangen.

Wien, 17. November. Zu Beginn der heutigen Plenarität der österreichischen Delegation gedachte der Präsident Reverteur der Erkrankung des Kronprinzen des engverbündeten deutschen Reiches, indem er der innigen Theilnahme und den Wünschen der Delegation für Wiederherstellung des hohen Kranken warmen Ausdruck gab.

Aus San Remo wird dem „B. Tagebl.“ vom 16. d. telegraphirt: Trotz des heute ungemein ungünstigen, kalten Regenwetters erklären die Aerzte sich für relativ befriedigt mit dem Zustande des Kronprinzen unter den bestehenden Verhältnissen des Leidens. Die heutige Untersuchung des Halses ergab folgendes: Die Deder-Schwellung verschwand nunmehr ganz, daher liegt man augenblicklich keine Befürchtungen wegen Beschwerden im Abmen oder Schlucken. Auch die anderen lokalen Erscheinungen des Halses sind relativ befriedigend, weshalb vor der Hand durchaus keine Behandlung gehetzt wird, daß die Tracheotomie nothwendig werden sollte. Das Allgemeinbefinden des Kronprinzen ist auch heute vorzüglich. Seine Stimmung ist etwas gedrückter, wohl zumeist wegen des von den Aerzten angeordneten Verbreibens im Hause. Allein sonst ist der Patient bei Laune und sein Appetit unverändert gut.

Der „New York Herald“ veröffentlichte vorgestern folgende Details aus einem Interview eines seiner Verlegerstatter mit Dr. MacKenzie:

Dieser sagte, daß er auf Antrag des Professors von Bergmann, der ihn als erste Autorität bezeichnet hatte, zur Behandlung des Kronprinzen berufen wurde, und er glaubt deshalb nicht, daß Professor v. Bergmann bestige Angriffe gegen ihn gerichtet habe, während er bei Professor Tobold allerdings eine Gegnerschaft vorwies. Daß Professor Bircham ein gefundenes Paradies zur Untersuchung erhalten haben könne, ist ausgeschlossen, da die Extraction lediglich die frante Partie ansäße. Berliner Aerzte hätten allerdings schon im Mai dieses Jahres eine krebsartige Erkrankung diagnostiziert, indeß nach dem Gutachten Birchams jene Opposition aufgegeben und seine Methode gutgeheissen. „Ich besitze“, fuhr MacKenzie fort, „noch immer das volle Vertrauen des Kronprinzenpaars, und selbst Prinz Wilhelm, der stets zu meinen Gegnern hielt, behandelte mich in San Remo auf das Liebenswürdigste.“ Die Tracheotomie werde, wenn nötig, sofort vorgenommen werden müssen und eventuell ohne Bergmann abzuwarten. Der Widerstand des Kronprinzen gegen Vornahme der Exstirpation der Larynx sei Schröter auszuschreiben, den der Kronprinz befragte, ob er selbst in gleicher Lage sich der Exstirpation unterziehen würde, und worauf dieser offenbar mit einem Nein antwortete. Dies ist für die Entscheidung des Kronprinzen maßgebend gewesen.

## Grundzüge

### der Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter.

(Schluß.)

### III. Verfahren.

27. Die Invaliditätsklärung und die Feststellung der Renten erfolgt von Ansätzen oder auf Antrag nach Abholung des örtlich zuständigen Vertrauensmannes des Arbeiters (Biffer 24) durch die Organe derjenigen Versicherungsanstalt, zu welcher von dem Versorgungsberechtigten ausweislich seines Quittungsbuchs (Biffer 35) zuletzt Beiträge geleistet worden sind. Diese Organen bleibt überlassen, über die die Invalidität ein ärztliche Gutachten eingeholt. Die Kosten desselben fallen der Aufsicht zur Last, können jedoch von dem Versorgungsberechtigten wieder eingezogen werden, sofern das ärztliche Gutachten in Übereinstimmung mit dem Gutachten des Vertrauensmannes das Vorhandensein der Invalidität verneint und der Antragsteller auf Mittheilung hieran den Antrag auf Gewährung einer Rente nicht zurückzieht.

28. Gegen den Bescheid, durch welchen die Gewährung der Rente verlangt oder durch welchen die Rente festgestellt wird, steht dem Versicherten die Befreiung an das Schiedsgericht der Versicherungsanstalt (3. Biffer 22) zu. Gegen den Bescheid des Schiedsgerichts ist beiden Teilen der Rechts an das Reichs- (Landes-) Versicherungsamt gestattet, aber nur, sofern es sich um Verleugnungen des geltenden Rechts (vgl. §§ 521 ff. der Civilprozeßordnung), nicht sofern es sich um Thatsachen handelt. Die Rechtsmittel haben keine ausschließende Wirkung.

29. Über die Höhe der Rente hat der Vorstand derjenigen Aufsicht, welche die Feststellungsverhandlungen zu führen hatte, dem Empfangsberechtigten einen Bezeugungsausweis zu ertheilen und die Zahlungen auf die Central-Postbehörde anzuweisen.

30. Demnächst ist in denjenigen Fällen, in welchen der Rentenempfänger Beiträge zu verschiedenen Versicherungsanstalten geleistet hatte, eine Berechnung darüber herbeizuführen, welcher Betrag der Rente auf die einzelnen Versicherungsanstalten, an welche die Beiträge entrichtet worden sind, entfällt. Für die Berechnung ist der Versicherungsberechtigter der an die einzelnen Aufsichten entrichteten Beiträge maßgebend.

31. Zu diesem Zweck wird in dem Reichs-Versicherungsamt ein aus Reichsbeamten bestehendes Rechnungsbüro eingerichtet. Dasselbe stellt fest, mit welchen Beiträgen die einzelnen Versicherungsanstalten beziehungsweise das Reich, die Bundesstaaten u. d. durch die Renten belastet werden. Das Reichs-Versicherungsamt teilt diese Feststellung den beteiligten Aufsichten u. r. sowie den Central-Postbehörden mit, worauf letztere die beteiligten Versicherungsanstalten u. anheilig belasten. Bis zur Berechnung der Rente bleibt diejenige Versicherungsanstalt, welche die Verhandlungen über Feststellung der Rente geführt hat, vorbehaltlich demnächstiger antheiliger Escitation und unbeschadet des Reichs- aufschusses (Biffer 10) mit der Rente allein belastet.

32. Nach Ablauf eines jeden Rechnungsjahrs haben die Central-Postbehörden den einzelnen Versicherungsanstalten denjenigen Betrag mitzuteilen, mit welchem dieselben auf Grund der Zahlungsanweisungen (Biffer 29) und der Berechnungen (Biffer 30) belastet sind. Die Versicherungsanstalten haben diesen Betrag aus ihren Beständen abzahlt an die ihnen bezeichneten Stellen abzuführen. Bei nicht rechtzeitiger Abführung ist durch das Reichs-Landes-Versicherungsamt die Zwangsvollstreckung gegen die läunigen Aufsichten zu veranlassen.

Ein Drittel des für Renten verauslagten Betrages, sowie diejenigen Beträge, mit welchen das Reich auf Grund der Feststellung der Biffer 12 Absatz 3 zu belasten ist, liquidieren die Central-Postbehörden bei der Reichs-Hauptkasse zur Erfüllung.

33. Innerhalb zehn Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes ist jede Versicherungsanstalt u. r. von dem Reichs-Landes-Versicherungsamt die Höhe derjenigen Beiträge festzustellen, welche für die in der Versicherungsanstalt beschäftigten Personen für den Kopf und Arbeitstag zu entrichten sind. Diese Feststellungen sind zu veröffentlichen. Das Reichs-Landes-Versicherungsamt bestimmt, mit welchem Zeit-

punkt dieselben in Kraft treten sollen. Die Feststellungen sind in bekannten Zeiträumen, mindestens aber von 10 bis 10 Jahren zu revidieren.

Bis zur Feststellung eines anderen Beitrages hat jede Versicherungsanstalt u. r. für den Kopf und Arbeitstag, bei versicherten männlichen Arbeitern vier Pfennige, bei versicherten weiblichen Arbeitern  $\frac{1}{2}$  dieses Beitrages an Beiträgen zu erheben.\* Bruchtheile sind für die Lebungsperiode auf volle Pfennige nach oben abzurunden.

34. Jede Versicherungsanstalt gibt Marken aus. Aus denselben muß ersichtlich sein:

a) der Name und die Ordinanznummer der Versicherungsanstalt;

b) der Betrag des Geldwertes, welchen die Marke darstellt.

Große, Farbe und Avoints werden vom Reichsversicherungsamt festgestellt und veröffentlicht.

Jede Versicherungsanstalt hat Markenverkäufer zu bestellen, von welchen die Marken häufig zu erwerben sind\*\*.

35. Jeder Verpflichtungsberechtigte erhält bei dem Eintritt in die Beschäftigung ein Quittungsbuch, auf dessen Titelseite der Name und Wohnort, sowie der Geburtsort und das Geburtsjahr des Inhabers verzeichnet sind. Das Formular für das Quittungsbuch hat das Reichs-Versicherungsamt festzustellen.

36. Die Quittungsbücher sind öffentliche Urkunden. Eintragungen oder Bezeichnungen, welche ein Urteil über die Führung oder Arbeitsleistung des Inhabers oder anderer Personen enthalten, sind unzulässig.

37. In das Quittungsbuch hat der Arbeitgeber bei jeder Lebungszahlung den entsprechenden Betrag von Marken derjenigen Versicherungsanstalt, zu welcher der Betrieb gehört, einzuleben und die Hälfte dieses Betrages von der Lebungszahlung zu kürzen. Die eingelobten Marken sind zu entnehmen.

38. Quittungsbücher, welche zu den erforderlichen Eintragungen oder Bezeichnungen, welche ein Urteil über die Führung oder Arbeitsleistung des Inhabers oder anderer Personen enthalten, sind unzulässig.

39. In das Quittungsbuch hat der Arbeitgeber bei jeder Lebungszahlung den entsprechenden Betrag von Marken derjenigen Versicherungsanstalt, zu welcher der Betrieb gehört, einzuleben und die Hälfte dieses Betrages von der Lebungszahlung zu kürzen. Die eingelobten Marken sind zu entnehmen.

40. Quittungsbücher, welche zu den erforderlichen Eintragungen oder Bezeichnungen, welche ein Urteil über die Führung oder Arbeitsleistung des Inhabers oder anderer Personen enthalten, sind unzulässig.

41. Die Einziehung des Quittungsbuches und die Aushändigung des neuen Buches soll thunlichst Zug um Zug erfolgen; leinenfalls darf die Aushändigung des neuen Buches länger als drei Tage ausgezögert werden. Die Einziehung und Aushändigung erfolgt durch Vermittlung des Arbeitgebers.

42. Bei Personen des Seemannsstandes erfolgt die Entzettelung der Marken und die Regulierung der Quittungsbücher nach näherer Bestimmung der Landes-Centralbehörden.

43. Die Versicherungsanstalten sind befugt, mit Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts zum Zweck der Rechnungsführung und Controle Vorschriften zu erlassen, durch welche die Arbeitgeber zur Aufstellung und Einreichung von Nachweisen über die Zahl der von den ersten Biffer 1 fallenden beschäftigten Personen und über die Dauer ihrer Beschäftigung, oder über andere Gegenstände verlichtet werden. Sie sind ferner befugt, die Arbeitgeber zur rechtzeitigen Erfüllung dieser Vorschriften durch Geldstrafen bis zum Betrage von je einhundert Mark anzuhalten. Das Reichs-Versicherungsamt kann den Erlass derartiger Vorschriften ordnen und dieselben, sofern sie Anordnung nicht befolgt wird selbst erlassen.

Die Betriebsunternehmer sind verpflichtet, den Organen der Versicherungsanstalt und anderen mit der Controle beauftragten Behörden oder Beamten auf Verlangen Auskunft über die Zahl der von den ersten beschäftigten Personen und über die Dauer ihrer Beschäftigung zu erteilen und denselben diejenigen Geschäftsbücher oder Listen, aus welchen jene Thatachen hervorgehen, zur Einsicht während der Berichtszeit auf Ort und Stelle vorzulegen. Zu einer solchen Auskunft über Ort und Dauer ihrer Beschäftigung sind die Versicherten verpflichtet. Die Betriebsunternehmer und die Versicherten sind ferner verbunden, den bezeichneten Organen, Behörden und Beamten auf Erfordern die Quittungsbücher befreit Ausübung der Controle und Vornahme der etwa erforderlichen Berichtigungen auszuhändigen. Sie können hierzu von der unteren Verwaltungshandels durch Geldstrafen bis zum Betrage von je einhundert Mark angehalten werden.

44. Die Versicherungsanstalten sind befugt, nach Analogie der §§ 78 ff. des Unfallversicherungsgesetzes Vorschriften zur Bewältigung von Krankheiten zu erlassen.

45. Die Durchführung der Alters- und Invalidenversicherung erfolgt durch Vermittlung und unter Aufsicht des Reichs-Versicherungsamts bezüglichweise der Landes-Versicherungsämter.

IV. Straf- und Übergangsbestimmungen.

46. Betriebsunternehmer und andere Arbeitgeber, welche es unterlassen, für die von ihnen auf Grund geleglicher oder von der Versicherungsanstalt erlassener Bestimmung aufzustellenden Nachweisen oder Anzeigen Eintragungen aufzunehmen oder aufzunehmen lassen, deren Unrichtigkeit ihnen bekannt war oder bei gebörigter Aufmerksamkeit nicht entgehen könnte, können von dem Vorstande der Versicherungsanstalt mit Geldstrafen bis zu zweihundert Mark bestraft werden.

47. Betriebsunternehmer und andere Arbeitgeber, welche es unterlassen, für die von ihnen auf Grund geleglicher oder von der Versicherungsanstalt erlassener Bestimmung aufzustellenden Nachweisen oder Anzeigen Eintragungen aufzunehmen oder aufzunehmen lassen, deren Unrichtigkeit ihnen bekannt war oder bei gebörigter Aufmerksamkeit nicht entgehen könnte, können von dem Vorstande der Versicherungsanstalt mit Geldstrafen bis zu zweihundert Mark bestraft werden.

48. Betriebsunternehmer und andere Arbeitgeber, welche es unterlassen, für die von ihnen auf Grund geleglicher oder von der Versicherungsanstalt erlassener Bestimmung aufzustellenden Nachweisen oder Anzeigen Eintragungen aufzunehmen oder aufzunehmen lassen, deren Unrichtigkeit ihnen bekannt war oder bei gebörigter Aufmerksamkeit nicht entgehen könnte, können von dem Vorstande der Versicherungsanstalt mit Geldstrafen bis zu zweihundert Mark bestraft werden.

49. Betriebsunternehmer und andere Arbeitgeber, welche es unterlassen, für die von ihnen auf Grund geleglicher oder von der Versicherungsanstalt erlassener Bestimmung aufzustellenden Nachweisen oder Anzeigen Eintragungen aufzunehmen oder aufzunehmen lassen, deren Unrichtigkeit ihnen bekannt war oder bei gebörigter Aufmerksamkeit nicht entgehen könnte, können von dem Vorstande der Versicherungsanstalt mit Geldstrafen bis zu zweihundert Mark bestraft werden.

50. Betriebsunternehmer und andere Arbeitgeber, welche es unterlassen, für die von ihnen auf Grund geleglicher oder von der Versicherungsanstalt erlassener Bestimmung aufzustellenden Nachweisen oder Anzeigen Eintragungen aufzunehmen oder aufzunehmen lassen, deren Unrichtigkeit ihnen bekannt war oder bei gebörigter Aufmerksamkeit nicht entgehen könnte, können von dem Vorstande der Versicherungsanstalt mit Geldstrafen bis zu zweihundert Mark bestraft werden.

51. Betriebsunternehmer und andere Arbeitgeber, welche es unterlassen, für die von ihnen auf Grund geleglicher oder von der Versicherungsanstalt erlassener Bestimmung aufzustellenden Nachweisen oder Anzeigen Eintragungen aufzunehmen oder aufzunehmen lassen, deren Unrichtigkeit ihnen bekannt war oder bei gebörigter Aufmerksamkeit nicht entgehen könnte, können von dem Vorstande der Versicherungsanstalt mit Geldstrafen bis zu zweihundert Mark bestraft werden.

52. Betriebsunternehmer und andere Arbeitgeber, welche es unterlassen, für die von ihnen auf Grund geleglicher oder von der Versicherungsanstalt erlassener Bestimmung aufzustellenden Nachweisen oder Anzeigen Eintragungen aufzunehmen oder aufzunehmen lassen, deren Unrichtigkeit ihnen bekannt war oder bei gebörigter Aufmerksamkeit nicht entgehen könnte, können von dem Vorstande der Versicherungsanstalt mit Geldstrafen bis zu zweihundert Mark bestraft werden.

53. Betriebsunternehmer und andere Arbeitgeber, welche es unterlassen, für die von ihnen auf Grund geleglicher oder von der Versicherungsanstalt erlassener Bestimmung aufzustellenden Nachweisen oder Anzeigen Eintragungen aufzunehmen oder aufzunehmen lassen, deren Unrichtigkeit ihnen bekannt war oder bei gebörigter Aufmerksamkeit nicht entgehen könnte, können von dem Vorstande der Versicherungsanstalt mit Geldstrafen bis zu zweihundert Mark bestraft werden.

54. Betriebsunternehmer und andere Arbeitgeber, welche es unterlassen, für die von ihnen auf Grund geleglicher oder von der Versicherungsanstalt erlassener Bestimmung aufzustellenden Nachweisen oder Anzeigen Eintragungen aufzunehmen oder aufzunehmen lassen, deren Unrichtigkeit ihnen bekannt war oder bei gebörigter Aufmerksamkeit nicht entgehen könnte, können von dem Vorstande der Versicherungsanstalt mit Geldstrafen bis zu zweihundert Mark bestraft werden.

55. Betriebsunternehmer und andere Arbeitgeber, welche es unterlassen, für die von ihnen auf Grund geleglicher oder von der Versicherungsanstalt erlassener Bestimmung aufzustellenden Nachweisen oder Anzeigen Eintragungen aufzunehmen oder aufzunehmen lassen, deren Unrichtigkeit ihnen bekannt war oder bei gebörigter Aufmerksamkeit nicht entgehen könnte, können von dem Vorstande der Versicherungsanstalt mit Geldstrafen bis zu zweihundert Mark bestraft werden.

56. Betriebsunternehmer und andere Arbeitgeber, welche es unterlassen, für die von ihnen auf Grund geleglicher oder von der Versicherungsanstalt erlassener Bestimmung aufzustellenden Nachweisen oder Anzeigen Eintragungen aufzunehmen oder aufzunehmen lassen, deren Unrichtigkeit ihnen bekannt war oder bei gebörigter Aufmerksamkeit nicht entgehen könnte, können von dem Vorstande der Versicherungsanstalt mit Geldstrafen bis zu zweihundert Mark bestraft werden.

57. Betriebsunternehmer und andere Arbeitgeber, welche es unterlassen, für die von ihnen auf Grund geleglicher oder von der Versicherungsanstalt erlassener Bestimmung aufzustellenden Nachweisen oder Anzeigen Eintragungen aufzunehmen oder aufzunehmen lassen, deren Unrichtigkeit ihnen bekannt war oder bei gebörigter Aufmerksamkeit nicht entgehen könnte, können von dem Vorstande der Versicherungsanstalt mit Geldstrafen bis zu zweihundert Mark bestraft werden.

58. Betriebsunternehmer und andere Arbeitgeber, welche es unterlassen, für die von ihnen auf Grund geleglicher oder von der Versicherungsanstalt erlassener Bestimmung aufzustellenden Nachweisen oder Anzeigen Eintragungen aufzunehmen oder aufzunehmen lassen, deren Unrichtigkeit ihnen bekannt war oder bei gebörigter Aufmerksamkeit nicht entgehen könnte, können von dem Vorstande der Versicherungsanstalt mit Geldstrafen bis zu zweihundert Mark bestraft werden.

59. Betriebsunternehmer und andere Arbeitgeber, welche es unterlassen, für die von ihnen auf Grund geleglicher oder von der Versicherungsanstalt erlassener Bestimmung aufzustellenden Nachweisen oder Anzeigen Eintragungen aufzunehmen oder aufzunehmen lassen, deren Unrichtigkeit ihnen bekannt war oder bei gebörigter Aufmerksamkeit nicht entgehen könnte, können von dem Vorstande der Versicherungsanstalt mit Geldstrafen bis zu zweihundert Mark bestraft werden.

60. Betriebsunternehmer und andere Arbeitgeber, welche es unterlassen, für die von ihnen auf Grund geleglicher oder von der Versicherungsanstalt erlassener Bestimmung aufzustellenden Nachweisen oder Anzeigen Eintragungen aufzunehmen oder aufzunehmen lassen, deren Unrichtigkeit ihnen bekannt war oder bei gebörigter Aufmerksamkeit nicht entgehen könnte, können von dem Vorstande der Versicherungsanstalt mit Geldstrafen bis zu zweihundert Mark bestraft werden.

61. Betriebsunternehmer und andere Arbeitgeber, welche es unterlassen, für die von ihnen auf Grund geleglicher oder von der Versicherungsanstalt erlassener Bestimmung aufzustellenden Nachweisen oder Anzeigen Eintragungen aufzunehmen oder aufzunehmen lassen, deren Unrichtigkeit ihnen bekannt war oder bei gebörigter Aufmerksamkeit nicht entgehen könnte, können von dem Vorstande der Versicherungsanstalt mit Geldstrafen bis zu zweihundert Mark bestraft werden.

62. Betriebsunternehmer und andere Arbeitgeber, welche es unterlassen, für die von ihnen auf Grund geleglicher oder von der Versicherungsanstalt erlassener Bestimmung aufzustellenden Nachweisen oder Anzeigen Eintragungen aufzunehmen oder aufzunehmen lassen, deren Unrichtigkeit ihnen bekannt war oder bei gebörigter Aufmerksamkeit nicht entgehen könnte, können von dem Vorstande der Versicherungsanstalt mit Geldstrafen bis zu zweihundert Mark bestraft werden.

63. Betriebsunternehmer und andere Arbeitgeber, welche es unterlassen, für die von ihnen auf Grund geleglicher oder von der Versicherungsanstalt erlassener Bestimmung aufzustellenden Nachweisen oder Anzeigen Eintragungen aufzunehmen oder aufzunehmen lassen, deren Unrichtigkeit ihnen bekannt war oder bei gebörigter Aufmerksamkeit nicht entgehen könnte, können von dem Vorstande der Versicherungsanstalt mit Geldstrafen bis zu zweihundert Mark bestraft werden.

64. Die Strafbestimmung der Biffer 44 findet auf

Betriebsunternehmer und sonstige Arbeitgeber Anwendung, welche den von ihnen beschäftigten, dem Betriebserhaltungswange unterliegenden Personen wissenschaftlich mehr als die Hälfte des für die einzelnen Arbeitstage verordneten Betrags an Marken bei der Lebungszahlung in Anerkennung bringen oder durch ihre Angestellten in Abzug bringen lassen, sowie am Angestellten, welche einen solchen größeren Abzug wissenschaftlich bewirken.

Das Gleiche gilt von den nach § 36 verbotenen Eintragungen in die Quittungsbücher.

65. Arbeitgeber, welche wissenschaftlich Marken einer anderen als der zuständigen Versicherungsanstalt verwenden oder durch ihre Angestellten verwenden lassen, sowie Angestellte und Besuchte, welche wissenschaftlich eine solche unrichtige Verwendung bewirken, werden, sofern nicht die Bestimmungen des § 263 des Strafgesetzbuchs Anwendung haben, mit Geldstrafe nicht unter einhundert Mark oder mit Gefängnis nicht unter einer Woche bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann die Strafe auf zwanzig Mark oder drei Tage Haft ermischt werden.

66. Die Stra

## Zwangsvorsteigerung.

Im Bege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Pieckendorf Band 1, Blatt 4 und Blatt 8 auf den Namen des Kaiserlichen Marine Werkmeisters Gottfried Ferdinand Horn, welcher mit seiner Ehefrau Amalie, geb. Weyerath, in Gütergemeinde, lebt, eingetragenen, im Dorfe Pieckendorf belegenen Grundstücke

am 13. Januar 1888,

Vormittags 10% Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Pfefferstadt, Zimmer 42, versteigert werden.

Die Grundstücke sind, und zwar Blatt 4 mit 25,89 A. Reinertrag und einer Fläche von 17,76,00 Hektar zur Grundsteuer, mit 24 A. Nutzungswert zur Gebäudesteuer, Blatt 8 mit 82,68 A. Reinertrag und einer Fläche von 2,6120 Hektar zur Grundsteuer und mit 480 A. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt — Auszüge aus der Steuervolle, beglaubigte Abschriften der Grundbuchsblätter und andere diese Grundstücke betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei VIII., Zimmer Nr. 43, eingesehen werden.

Alle Realsberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Steuerer übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorgegangen, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Lebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurückzutreten.

Dienigen, welche das Eigentum der Grundstücke beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Eintragung des Verfahrens herbeizuführen, widrigfalls nach erfolgtem Aufschlag, das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urteil über die Ertheilung des Aufschlags wird

am 14. Januar 1888,

Mittags 12 Uhr, an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 42, versteigert werden.

Danzig, den 22. October 1887.

Königliches Amtsgericht XI.

## Zwangsvorsteigerung.

Das im Grundbuche von Danzig Langgarter, Blatt 14, auf den Namen des Mauters Johann Carl Adolph Voigt und des Kaufmanns Carl Adolph Voigt eingetragene, in Danzig, Langgarten 52, belegene Grundstück, soll auf Antrag des Vermüters der Carl Adolph Voigtschen Concurssasse zum Zwecke der Auseinandersetzung unter den Mietzetteln in

am 11. Januar 1888,

Vormittags 10% Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Pfefferstadt, Zimmer Nr. 42, zwangsvweise versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 5667 A. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuervolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchsblatts, und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, können in der Gerichtsschreiberei VIII., Pfefferstadt, Zimmer Nr. 43, eingesehen werden.

Danzig, den 22. October 1887

Königl. Amtsgericht XI.

## Für Colonisten im Juhlande

findet am Mittwoch, den 23. November er., von früh 10 Uhr bis 12 Uhr, im Büro Banock, Kreis Ostrowo, im Regierungssitz Polen, behufs Verkaufs von guten Land- und Wiesenparzellen von 6—300 Morgen Größe ein Biennus eröffnet statt, wozu Kolonisten mit dem Hinweis eingeschalten werden, dass zum Parzelleneinkauf nur deutsche Colonisten zugelassen werden. Nähre Kaufbedingungen sind im Bureau der Gesellschaft für Colonisation im Juhlande zu Berlin W. Landstr. 17, resp. vom Dominium Banock bei Grabow, Kreis Polen, zu erfahren.

Am Tage vor dem Termin werden Fahrzeuge am Bahnhof Schildberg (der Polen-Kreisburger Bahnhof) zu den fabrikmässigen Bägen gestellt Berlin, im November 1887.

Gesellschaft für Colonisation im Inlande.

(172)



Bei günstiger Witterung expedieren wir noch Anfang nächster Woche einen Dampfer nach sämtlichen Weichselstädtischen bis

### Thorn.

Tritt Frost weiter ein, so expedieren wir, wie in den früheren Jahren, regelmässig

### Sammelladungen

und machen Näheres darüber noch bekannt

(1817)

### Gebr. Harder.

Heute Nachmittag treffen seine Tiefenköter

### Schmalzgänse

ein bei Carl Hoppmann, Poggendorf Nr. 13.

## Berliner Kunst-Ausstellungs-Lotterie.

3191 Gewinne im Gesamtwert von 90 000 M., dabei 2 Haupt-Gewinne von je 10 000 M.

Ziehung am 21. und 22. November 1887.

Loose à 1 M. sind zu haben in der

### Expedition der Danziger Zeitung.

#### Weimar-Lotterie

Ziehung 2ter Serie vom 17.—20. Dezember d. J. 5000 Gewinne i. W. v. 150 000 Mark

#### Erster Hauptgewinn

i. W. v. (1565)

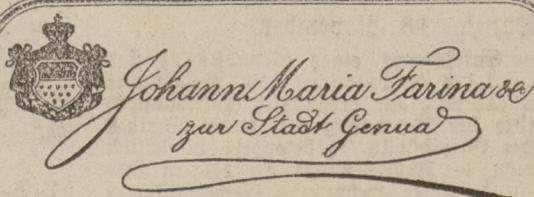
**50 000 Mark**

1 Mark. Preis des Looses Mark 1  
Loose sind in den allorts durch Plakate sennlichen Verkaufsstellen zu haben, sowie zu beziehen durch den Vorstand der Ständigen Ausstellung in Weimar.

für Wiederverkäufer erhalten  
**Dr. Kles' Diätetische Heilanstalt**  
Dresden, Bachstraße 8.  
1. r. Kles' Diätetische Kurz-  
reise, nebst Erinnerungen über Sachsen, Kurz-  
reise, Preis 2 M., durch jede Buchhandlung, sowie direkt.

**Denaturirten Spiritus**, 90 % für Brenn- und Gewerbe-  
anwende, per Liter 60 H. empfiehlt  
**Joh. Wedhorn, Dorf. Graben 4/5.**

#### Das beste Eau de Cologne ist das von



Zu haben bei

J. Domke, Gr. Krämers, F. Gossling, Jopen- und Portekaiseng. Ede, Hemps, Hundeg., J. Koenenaufl., Langg. 15. F. Koszlowksi, J. G. Amort, Hirsch. Herm. Lipp, Langg. 4, F. Neutener, Langg. 40, W. Unger, Langenmarkt 52, G. Uhde, 1. Damw. 12, Alte Zimmermann, Langg. 73. Preis v. Kl. 5, 3, 2, 80, 2, 50, 1, 50, 1, 40, 1, 25, 1, 75, 0, 70.



Die außerordentliche Verbreitung dieses Haussmittels hat eine ebenso grosse Zahl ähnlicher Präparate als Nachahmer hervorgerufen, welche sich nicht entblöden Verpackung, Farbe und Etikette in täuschender Weise herzustellen. Die Packete des echten Stollwerck'schen Fabrikates tragen den vollen Namen des Fabrikanten und kennzeichnen sich die Verkaufsstellen durch ausgelegte Firmenschilder.

## 22. Holzmarkt 22.

### Soeben empfing neue Sendung:

Beste Rügenwalder Spießgänse mit und ohne Knochen,

feine Gothaer Cervelatwurst,

Trüffelleberwurst,

Sardellenleberwurst,

Frankfurter Würstchen,

Boar 25 S.

Prima Astrachaner Perl-Caviar,

echte Teiltower Dauer-Rübchen,

a. Pf. 25 S., seines empfiehlt

Dillgurken,

Senfgurken,

Pfeffergurken,

Neunauge,

Marinirte Heringe

abreitert.

Rudolf Baecker,

22. Holzmarkt 22.

Ein neues Eisgetränk für

für Blutarme und Nervöse.

An Stelle der bisherigen Eisgetränke, welche

neuen Magni und das Sapho verbinden, ist

die "Austro-Essenz" ein neues diafragma-

haus und Dürdgetränk hergestellt. Ein so-

einfaches und leichtes Getränk, welches

überhaupt unangenehmer Geschmack hat

und dieses herzlich empfiehlt. Man

verlangt die Preissätze mit vielen Anmerkungen.

Preissatz v. Kl. 25 S. 1, 20 S. 1, 15 S.

C. F. Haumann, Recht-Apotheke,

St. Gallen (Schweiz).

P. A. Die teurste Essenz ist

ein Geheimnis, die kostbarste

und kostspieligste

und kostspieligste